



Landtagsfraktion Schleswig-Holstein

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Telefon: 0431 / 988 - 1503
Fax: 0431 / 988 - 1501
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh.gruene-fraktion.de

Nr. 320.12 / 27.06.2012

Der Schutz von PolizistInnen schließt Kennzeichnung nicht aus

Zu der aktuellen Diskussion um die Kennzeichnungspflicht sagt der innenpolitische Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, **Burkhard Peters**:

In den meisten europäischen Ländern gibt es eine Kennzeichnungspflicht, die Einführung basiert also mitnichten auf einem kruden Rechtsstaatverständnis. Wie aus einer Stellungnahme des Wissenschaftlichen Diensts des Deutschen Bundestag hervorgeht, konnte – anders als Wolfgang Kubicki vermutet – nicht festgestellt werden, dass die Kennzeichnung in den europäischen Ländern „zu einem Anstieg unberechtigter Anschuldigungen gegen Polizeibeamte oder gar zu persönlichen Übergriffen auf diese geführt hat.“

Wie bei anderen Staatsbediensteten gibt es Möglichkeiten, die BeamtInnen zu schützen. Diese werden selbstverständlich wahrgenommen.

Auch der Pressesprecher der Berliner Polizei bestätigte bei der Einführung, dass die Kennzeichnungspflicht ein Schritt hin zu noch mehr Service und Kundenfreundlichkeit und des Gedankens, dass alle BürgerInnen das Recht haben zu erfahren, welche Polizeibeamte gerade konkret in ihre Grundrecht eingreifen. Sogar das Berliner SEK, das zur Kennzeichnung verpflichtet ist, spricht von „positiven Erfahrungen“.

Vielleicht kann der der Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung, Markus Löning, Kubicki nochmal ein modernes Rechtsstaatverständnis erklären. Löning forderte 2010 bereits bei der Demonstration „Freiheit statt Angst“ eine Kennzeichnungspflicht für PolizistInnen.